

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Feuerwehr, Katastrophenschutz und Ordnung

Sitzungstermin:	Mittwoch, 21.01.2026, 16:30 Uhr
Raum, Ort:	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
Beginn:	16:30 Uhr
Ende:	17:35 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Herr Matthias Disterheft - SPD

ab 16:50 Uhr

Mitglieder

Herr Nils Bader - SPD

Herr Detlef Kühn - SPD

Vertretung für: Frank Graffstedt

Frau Susanne Hahn - SPD

Vertretung für: Bastian Swalve

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Frau Leonore Köhler - B90/GRÜNE

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Oliver Schatta - CDU

Vertretung für: Maximilian Pohler

Herr Frank Täubert - CDU

Frau Anke Schneider - Die FRAKTION. BS

Frau Sabine Bartsch - BIBS

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Stefan Wirtz - AfD

Frau Beate Gries - Bürgermitglied

Herr Felix Nordheim - Bürgermitglied

ab 17:18 Uhr

Herr Florian Parkitny - Bürgermitglied

Frau Ana Milena Wiegand Cáceres - Bürgermitglied

Herr Ingo Schönbach - Sachverständiger

Frau Meike Evers - Vertreterin des Jugendparlaments

Verwaltung

Herr Tobias Pollmann - Stadtrat
Herr Torge Malchau - Direktor der Feuerwehr
Herr Dr. Jan Köhler - Städtischer Leitender Direktor
Herr Daniel Kösters - Stadtratsrat
Herr Moritz Trabe - Stadtoberinspektor

Abwesend
Mitglieder

Herr Frank Graffstedt - SPD	entschuldigt
Herr Bastian Swalve - SPD	entschuldigt
Herr Maximilian Pohler - CDU	entschuldigt
Herr Sven Grabenhorst - Bürgermitglied	abwesend
Herr Sven Kornhaas - Bürgermitglied	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.11.2025
3. Mitteilungen
4. Anträge
- 4.1. Resiliente Stadt Braunschweig – Erstellung eines Leitfadens für Bevölkerung und Wirtschaft zur Krisenvorsorge 26-28152
- 4.2. Braunschweigs Sicherheit stärken 26-28149
5. Anfragen
- 5.1. Entwicklung des Mietwagenverkehrs in Braunschweig 26-28153
- 5.1.1. Entwicklung des Mietwagenverkehrs in Braunschweig 26-28153-01
- 5.2. Vorsorgen für Krisen und Katastrophen - Ratgeber des BBK 26-28154
- 5.2.1. Vorsorgen für Krisen und Katastrophen - Ratgeber des BBK 26-28154-01
- 5.3. Brandschutz in Discotheken, Clubs und Bars 26-28106
- 5.3.1. Brandschutz in Discotheken, Clubs und Bars 26-28106-01
(Neu)
6. Präsentation besonderer Einsätze

Nichtöffentlicher Teil

7. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung
8. Mitteilungen
9. Anfragen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Köster begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung frist- und formgerecht erfolgt sei. Da keine Einwände vorgebracht werden, erklärt er, dass mit der Tagesordnung entsprechend verfahren werde.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 19.11.2025

Beschluss:

„Das Protokoll wird genehmigt.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 8 Nein: 0 Enth.: 2

3. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

4. Anträge

4.1. Resiliente Stadt Braunschweig – Erstellung eines Leitfadens 26-28152 für Bevölkerung und Wirtschaft zur Krisenvorsorge

Der Antrag wird von Ratsherrn Bader eingebracht. Auf Nachfrage, wo bei der geplanten Erstellung der beschriebenen Broschüre ein Unterschied zur Informationsbroschüre des BBK liegen solle, wird seitens des Antragstellers mitgeteilt, dass hier der Fokus konkret auf die Besonderheiten in der Stadt Braunschweig liegen solle.

Hinsichtlich der Fragestellung, ob die finanziellen und personellen Ressourcen hierfür in der Verwaltung vorhanden resp. ausreichend seien, wird durch Stadtrat Dr. Pollmann mitgeteilt, dass der vorliegende Auftrag, so er denn beschlossen werde, mit auf die ohnehin noch abzuarbeitende Agenda der Stelle Bevölkerungsschutz käme, die mit den bestehenden Aufgaben nach wie vor gut ausgelastet sei. Es erfolgt gleichsam der Hinweis, dass die Verwaltung die Information der Bevölkerung stets mitbedenke, jedoch auch die Art und Weise der Information aufgrund der unterschiedlichen Adressaten bedacht werden müsse. Exemplarisch wird hier angeführt, eine Broschüre digital (Aktualisierung der Informationen besser möglich) oder im Papierformat (auch für die ältere Generation) zu erstellen.

Ratsherr Dr. Plinke bringt ergänzend die Beschilderung der Orte für die Bevölkerungsschutzleuchttürme und das Thema Beteiligte der Wirtschaft an einen Tisch bringen mit ein. Ratsfrau Schneider hegt Zweifel am Wirtschaftsschutz für kleinere Betriebe (finanzielle Gründe) und bestimmte Vorsorgemaßnahmen für Menschen in Mietwohnungen.

Ausschussvorsitzender Köster und Ratsherr Schatta erklären für ihre Fraktion, den Antrag abzulehnen und verweisen auf den Ratgeber des BBK bzw. weitere existierende Pläne, zu denen ein Ratgeber Stadt Braunschweig ggf. in Konkurrenz treten könnte.

Beschluss:

„Die Verwaltung wird gebeten, einen Leitfaden für Bevölkerung und Wirtschaft zur

Krisenvorsorge (in digitaler und analoger Form) zu erstellen und zu veröffentlichen, der Handlungsschritte und -empfehlungen für Notfallsituationen und bei kritischen Infrastrukturausfällen abbildet.

Dieser Leitfaden soll insbesondere folgende Punkte abdecken:

1. **Vorsorgemaßnahmen:** Praktische Hilfestellungen zur individuellen Bevorratung und technischen Vorsorge (z. B. Notstrom, Wärme).
2. **Notlösungen und Anlaufstellen:** Übersicht über „Leuchttürme“ (Notfall-Meldestellen) im Stadtgebiet bei Strom- oder Netzausfall.
3. **Wirtschaftsschutz:** Beratungsmöglichkeiten für Betriebe darstellen, um sich auf Krisenlagen individuell bestmöglich vorbereiten zu können.
4. **Kommunikationswege:** Erläuterung der Warnsysteme (Sirenen/Sprachdurchsagen) und Informationskanäle in Krisenzeiten.“

Abstimmungsergebnis:

Ja: 7 Nein: 3 Enth.: 0

4.2. Braunschweigs Sicherheit stärken

26-28149

Ausschussvorsitzender Köster bringt den Antrag ein.

Von mehreren Ausschussmitgliedern wird in der anschließenden Diskussion vorgebracht, dass die objektive Sicherheitslage in Braunschweig nicht problematisch sei. Es habe in der Vergangenheit bereits mehrere Abstimmungen mit der PI Braunschweig gegeben; auch der Leiter der PI Braunschweig habe in einer Ausschusssitzung mitgeteilt, dass die Sicherheit in Braunschweig auf einem stabilen Niveau sei. Einige Ausschussmitglieder kritisieren die begleitende Medienberichterstattung als kontraproduktiv dahingehend, dass hierdurch erst ein Unsicherheitsgefühl produziert werde.

Ratsherr Dr. Plinke wirft ein, dass es bereits jetzt die Möglichkeit im Rahmen von Einwohnerfragestunden und der OB-Sprechstunden in den Stadtbezirken gebe, Unsicherheiten bezüglich des Sicherheitsempfindens mitzuteilen. Er halte daher Sicherheitskonferenzen für entbehrlich.

Die Informationen zur Nachfrage, wie viele Mittel noch in der Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt vorhanden seien, wird durch die Verwaltung nachgereicht (*Protokollnotiz: Als Deckungsreserve sind eine Million Euro eingestellt.*).

Ratsherr Bader begrüßt grundsätzlich eine Stärkung des ZOD, gibt jedoch hinsichtlich der Ausübung unmittelbaren Zwangs zu bedenken, dass hierfür aus seiner Sicht eher berufliche Vorbildung aus dem Wachgewerbe etc. erforderlich sei. Stadtrat Dr. Pollmann teilt hierzu mit, dass die Verwaltung bei ihrer bisherigen Aussage bleibe. Hinsichtlich der personellen Verstärkung beständen derzeit verwaltungsinterne Überlegungen z. B. bezüglich einer Ausweitung der Kontrollen in den Abendstunden.

Hinsichtlich des Punktes der Etablierung eines Sicherheitsdienstes im ÖPNV wird durch Stadtrat Dr. Pollmann, nach Abstimmung mit der BSVG, berichtet, dass auch im ÖPNV ein hohes Sicherheitsniveau herrsche. Zu bedenken sei im Zusammenhang mit der Einführung eines Sicherheitsdienstes auch ein dann erhöhtes Defizit und ein erhöhter Zuschussbedarf. Hinsichtlich der Nachfrage nach einer Verfahrensweisung für das BSVG-Personal für Problemsituationen in Bus und Bahn verweist Stadtrat Dr. Pollmann auf die BSVG.

Gleichstellungsbeauftragte Lenz berichtet über das subjektive Sicherheitsempfinden der Frauen, vor allem nachts. Maßnahmen zur Verbesserung der Beleuchtung an dunklen Orten

wirkten bereits positiv, seien aber nicht an allen Orten ausreichend. Es gäbe zudem bundesweite und auch weltweite Untersuchungen, dass Frauen nachts draußen mehr Angst erlebten und dadurch in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt seien.

Beschluss:

“Um die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in Braunschweig zu stärken, werden folgende Maßnahmen beschlossen:

1. Sicherheitsbefragung

Die Verwaltung wird gebeten, eine umfassende Sicherheitsbefragung nach dem Vorbild der Stadt Mannheim zu beauftragen, im Anschluss auszuwerten und inklusive konkreter Umsetzungsvorschläge der darin empfohlenen Maßnahmen dem Rat über seine Ausschüsse vorzustellen.

Die Deckung der dafür notwendigen finanziellen Mittel erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

2. Waffenverbotszone

Die Verwaltung wird gebeten in Abstimmung mit der Polizei die in der Ratssitzung am 5. November 2024 beschlossene Verordnung über die „Einrichtung einer Verbotzone über das Führen von Waffen, Messern und gefährlichen Gegenständen in der Stadt Braunschweig“ (beschlossen in der mündlich geänderten Fassung des CDU-Änderungsantrages mit der DS.-Nr. 24-24122-02) dahingehend zu überprüfen, ob Veränderungen (bspw. eine Ausweitung der Verbotszeiten oder eine Vergrößerung der durch die Verordnung betroffene Fläche) angezeigt sind. Das Ergebnis dieser Prüfung ist inklusive eines Berichts über den Umsetzungsstand der im Änderungsantrag 24-24122-02 beschlossenen Maßnahmen dem Rat über seine Ausschüsse vorzustellen. Sollten Änderungen an der bestehenden Verordnung angezeigt sein, werde diese dem Rat über seine Ausschüsse zum Beschluss vorgelegt.

Die Verwaltung wird gebeten in Abstimmung mit der Polizei erneut zu überprüfen, ob die Bereiche um den Bohlweg, den Herzogin-Anna-Amalia-Platz, den Platz am Ritterbrunnen und den Schlossplatz die Kriterien zur Einrichtung einer Waffenverbotszone erfüllen und dem Rat dann über seine Ausschüsse einen entsprechenden Verordnungsentwurf zur Beschlussfassung vorzulegen.

3. Sicherheit in den Fahrzeugen und an den Haltestellen der BSVG

Die Verwaltung wird gebeten mit der Braunschweiger Verkehrs GmbH in Kontakt zu treten und die Etablierung eines Sicherheitsdienstes in den Fahrzeugen der BSVG zumindest an den Abenden des Wochenendes und wenigstens auf der Strecke zwischen den Haltestellen „Hauptbahnhof“ und „Rathaus“ nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Hannover einzurichten. Gleichzeitig sollen diese eingesetzten Kräfte die Sauberkeit an den Haltestellen gewährleisten.

4. Sicherheitsbegehungen der Innenstadt

Die Verwaltung wird gebeten, regelmäßige Sicherheitsbegehungen der Innenstadt unter Beteiligung der Fachbereiche 32 (Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit; hier ZOD), 66 (Tiefbau und Verkehr) und 67 (Stadtgrün) sowie dem Gleichstellungsreferat, der Diakonischen Gesellschaft Wohnen und Beraten mbH (Streetworker), ALBA Braunschweig und den Innenstadtakteuren durchzuführen, um kurzfristigen Handlungsbedarf der Verbesserung von Sicherheit und Sauberkeit zu identifizieren und abzustellen. Eine spätere Ausdehnung dieser Sicherheitsbegehungen auf andere Bereiche der Stadt ist wünschenswert.

5. Stärkung des Zentralen Ordnungsdienstes

In Abkehr der bisherigen Praxis (dargestellt in der Mitteilung 25-26385) wird die Ausbildung der Mitarbeiter des ZOD dahingehend angepasst, dass zukünftig unmittelbarer Zwang angewendet werden kann.

Die Verwaltung wird gebeten, als unterstützende Maßnahme dafür die Mitarbeiter des Zentralen Ordnungsdienstes mit einer robusten Schutzausrüstung nach dem Vorbild der Landeshauptstadt Hannover sowie der Stadt Dortmund auszustatten.

Die Deckung der dafür notwendigen finanziellen Mittel erfolgt unter Inanspruchnahme der im Teilhaushalt „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Deckungsreserve zur Flexibilisierung der Bewirtschaftung für Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

6. Sicherheitskonferenzen in den Stadtbezirken

Unter Einbeziehung der jeweiligen Stadtbezirksräte und der Einwohnerinnen und Einwohner ist in der ersten Hälfte des Jahres 2026 eine Sicherheitskonferenz in allen Stadtbezirken durchzuführen. Hierbei sind die Einwohnerinnen und Einwohner des jeweiligen Bezirkes aufgerufen, konkrete Orte zu benennen, an denen sie sich unsicher fühlen, z.B. weil die Beleuchtung nicht ausreichend ist oder es vermehrt zu Einbrüchen etc. kommt. Wesentliche Akteure wie Polizei, ZOD und ggf. weitere Behörden sind einzubeziehen."

Abstimmungsergebnis (getrennte Abstimmung der Punkte 1.-6.):

jeweils: Ja: 3 Nein: 8 Enth.: 0
Damit insgesamt: Ja: 3 Nein: 8 Enth.: 0

5. Anfragen

5.1. Entwicklung des Mietwagenverkehrs in Braunschweig 26-28153

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 26-28153-01

5.1.1. Entwicklung des Mietwagenverkehrs in Braunschweig 26-28153-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.2. Vorsorgen für Krisen und Katastrophen - Ratgeber des BBK 26-28154

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 26-28154-01

5.2.1. Vorsorgen für Krisen und Katastrophen - Ratgeber des BBK 26-28154-01

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5.3. Brandschutz in Discotheken, Clubs und Bars 26-28106

Abstimmungsergebnis:

beantwortet durch Stellungnahme 26-28106-01

5.3.1. Brandschutz in Discotheken, Clubs und Bars

26-28106-01

Auf ergänzende Nachfrage, in welchem Abstand Begehungen stattfinden für Stätten, die nicht der Nds. Versammlungsstättenverordnung unterfielen, verweist Direktor der Feuerwehr Malchau auf die Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren (AGBF) und die dort abgegebene Empfehlung von drei bis fünf Jahren. Im Regelfall werde diese Zeitspanne auch eingehalten.

Abstimmungsergebnis:

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6. Präsentation besonderer Einsätze

Direktor der Feuerwehr Malchau berichtet von folgenden Einsätzen:

18.12.2025/23.12.2025:	Amtshilfe für die Polizei Wolfenbüttel in Sachen Gefahrgut
30.12.2025:	Feuer Menschenleben in Gefahr am Rebenring
31.12.2025:	Nachbarschaftshilfe Krankkomponente zum Dachstuhlbrand in Magdeburg

Ferner teilt er mit, dass die Silvesternacht größtenteils ruhig verlaufen sei.

Ausschussvorsitzender Köster schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:34 Uhr. Da keine Punkte für den nichtöffentlichen Teil vorliegen, wird die Sitzung insgesamt um 17:35 Uhr geschlossen.

Köster
Vorsitz

Dr. Pollmann
Stadtrat

Kösters
Protokollführung